

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf,

Zugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspalte oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 64.

Sonntag, den 17. März 1901.

28. Jahrgang.

Biehmarkt in Hohenstein-Ernstthal am 18. März 1901.

Am Gasthose zur Sonne in Hohenstein-Ernstthal, Goldbachstraße, kommen — dort eingestellt —

den 20. März d. J., nachmittags 4 Uhr

2 Fuchs-Wallache öffentlich gegen Baarzahlung meistbietend zur Versteigerung.
Hohenstein-Ernstthal, den 15. März 1901.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Schr. Kurth. D. 148/01.

Freitag und Sonnabend, den 22. und 23. März 1901
werden sämtliche Geschäftsräume des Rathhauses (Altstadt) gereinigt.

An diesen Tagen werden nur dringliche, keinen Aufschub duldende Sachen erledigt.

Hierzu, sowie zur Entgegennahme der standesamtlichen Anzeige von Todesfällen ist das Wachtlokal (Zimmer Nr. 9) an beiden Tagen von Vormittag 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Die Sparkasse ist Sonnabend, den 23. d. Mts. ebenfalls wegen Reinigung der Geschäftsräume für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Hohenstein-Ernstthal, am 12. März 1901.

Der Stadtrath.
Dr. Volster.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. März. Reichstag. Vor einem recht schwach besetzten Hause wird heute wieder einmal eine Frage der hohen Politik erörtert, die durch lange Monate das deutsche Volk auf das Eindringlichste beschäftigt hat. Es handelt sich um den neuen großen Nachtragset für China, also zugleich um eine finanzielle Frage weitgehender Art. Vor etwa 90 Abgeordneten muß daher Graf Bülow die deutsche Chinapolitik behandeln. Er führt seine Aufgabe mit Ernst und ruhiger Sachlichkeit durch, ohne jene rhetorischen Kunststücke, die er sonst wohl ohne besonderes Glück angewandt hat. Es sei, so führt er aus, trotz der Verschiedenartigkeit der Interessen gelungen, ein bestimmtes Friedensprogramm aufzustellen, die Entsendung einer besonderen chinesischen Mission nach Berlin unter dem Prinzen Tschung sei gesichert, die Pflicht zur Entschädigung vom kaiserlichen Hofe anerkannt. Wie lange unsere Truppen noch in China bleiben werden, könne noch nicht bestimmt werden. Besonderen Eindruck machten zwei Stellen der Kanzlerrede: Zunächst die Erklärung, daß das deutsch-englische Abkommen die Mandschurei nicht in seinen Kreis ziehe, das Schicksal dieses Landes sei uns gleichgültig, freilich wurde durch den Nachsatz, daß kein chinesischer Landestheil zum Nachteil der Gläubiger fortgegeben werden dürfe, die Wirkung wieder eingeschränkt. Dann berührt die energische Versicherung in hohem Maße erfreulich, daß der Dreibund nicht nur in China treu zusammenstehe, sondern daß er auch in Europa unerschütterlich dastehe. Herr Richter setzte sofort mit einer Klage darüber ein, daß noch immer nicht das Ende abzusehen, die Rückkehr der Truppen nicht zu erwarten sei. Er sei noch immer überzeugt, daß uns die Uebernahme des Oberbefehls nur geschadet habe, heute sei Graf Waldersee kaum noch als Platzmajor von Peking zu bezeichnen. Die Kosten der Expedition betrügen wöchentlich mehr als 2 Millionen. Und solche Opfer brächten wir nur, um den Engländern, die in Afrika engagiert sind, als Platzhalter zu dienen. Anders stellt sich Graf Stollberg den Ereignissen gegenüber. In kurzen knappen Worten spricht er seine Zustimmung zu dem Geschehenen aus, und in feiner Weise weist er darauf hin, wie jetzt, wo es zu spät sei, Herr Richter sein Lob der Bismarckschen Politik immer wieder ausspreche. Viel hatten die einzelnen Redner nicht zu sagen. Die Herren Bachem und Wassermann hatten gleichfalls nichts zu erwidern, sie billigten zwar nicht alle Prämissen, gaben sich aber mit den Folgerungen zufrieden, da die heutigen Ausführungen des Reichskanzlers über die Mandschurei und den Dreibund allgemeine Beruhigung hervorrufen dürften. Nachdem auch Herr Schrader und Herr v. Liebmann ihre

Zustimmung ausgesprochen haben, erhob sich zum zweiten Male Graf Bülow, um in einer leis humoristisch gefärbten Rede die Erwiderungen einzelner Redner zu widerlegen. Er habe am ausführlichsten von den Ministern aller Reiche gesprochen, aber er sei doch kein arabischer Märchenerzähler. Ueber das Mandschurei-abkommen zwischen China und Rußland wisse er nichts, aber er sei bereit, wenn er etwas erfahren, dies sofort Herrn Richter mitzutheilen. — Von einer Commissionsberathung sah man trotz des Widerspruchs Bachems und in Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ab, bewilligte mit allen Stimmen die geforderte Summe und plätscherte dann, nachdem Graf Bülow vergnügt Abschied genommen und dem Graf Posadowsky das Feld überlassen hatte, wieder einmal in eine ausführliche Debatte über allerlei Positionen des Reichsamts des Innern. Namertlich drohte die Wohnungsfrage wieder zahllose Redner auf die Tribüne zu locken, obgleich, was Graf Posadowsky weise genug war, zu erklären, alles Reden nichts nützen werde. Die Regierung sei mit der Resolution der Commission durchaus einverstanden. Mit den geforderten 2 Millionen Mk. wolle man eben nur den Anfang und den Versuch machen; später werde man weiter vorgehen.

— Im Reichstag erschienen am Donnerstag der Neffe des Burengenerals De Wet, der am Mittwoch in Berlin in öffentlicher Versammlung aufgetreten ist und mehrere andere Burenofficiere, unter ihnen Sandenberg, der frühere Adjutant des Obersten Schiel, und hielten mit mehreren Abgeordneten Rücksprache.

— In einer am Donnerstag stattgehabten Versammlung der Gesandten wurde über die Frage der Entschädigungen berathen. Das Befinden Li-Hung-Tschang ist dem Vernehmen nach wieder gut. Die New-Sorker „Sun“ bringt die Meldung, daß Li-Hung-Tschang Rußland in der Mandschurei nachgebe. Li-Hung-Tschang spielt „Kuckuck“ mit den Gesandten und birgt sein würdiges, quittengelbes Haupt bald im russischen Raftan, bald im englisch-deutschen-Rhaki. Man darf gespannt sein, wie lange dieses artige Neckspiel noch dauern wird.

— Der Kaiser und Herr von Stumm. „Weshalb plötzlich“ so schreibt die „Rhein.-Westf. Ztg.“, „jede persönliche Verbindung des Kaisers mit Frhrn. von Stumm vor etwa 1 1/2 Jahren und infolge dessen auch der große Einfluß dieses Mannes aufhörte, ist in weiteren Kreisen unbekannt geblieben. Man sagt, daß sich der Kaiser durch eine allzu wenig höfische Aeußerung des Herrn v. Stumm verletzt gefühlt und dann, wie auch in anderen Fällen, den jahrelangen Verkehr plötzlich abgebrochen habe.“ — Nach einer anderen Lesart soll der Grund in der verschiedenen Auffassung der socialpolitischen Aufgaben für die Gesetzgebung gelegen haben.

— Der Berliner Correspondent der „Frankf. Ztg.“ bemerkt über das Verhältnis des Frhrn. v. Stumm zum Kaiser folgendes: „Es war der Einfluß, den er zeitweise auf den Kaiser ausübte, nicht nach Höflingsart erschlichen, sondern auch als ein freier und offener Mann erworben und dieser Einfluß muß groß gewesen sein, denn es haben Jahre hindurch Minister ihn ängstlich und drückend empfunden und sich gelegentlich auch nach Gegeneinflüssen umgesehen — einen königlichen Großindustriellen gegen den anderen. Jedenfalls hat der Verstorbene auch den höchsten Instanzen gegenüber mehr Courage und mehr Muth der Ueberzeugung gehabt, als mancher verantwortliche Rathgeber, dem sein Amt die Offenheit zur Pflicht machen sollte. Als dann der socialpolitische Einfluß des Frhrn. von Stumm beim Kaiser sank, da hatte er sich zurückgezogen, er war kein Mann, den man fortschickte.“

— Das Ende des „preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieges“. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Köln. Ztg.“: Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal hat abermals in einer der jüngsten Reichstagsitzungen die Ausstellungen über einen angeblich sächsisch-preussischen Eisenbahnkrieg mit voller Entschiedenheit zurückgewiesen und ihnen den Charakter einer Seeschlange aufgedrückt. Er ist von seiner Regierung ausdrücklich ermächtigt worden, zu bestätigen, daß ein solcher Eisenbahnkrieg zwischen Preußen und Sachsen nicht besteht, daß vielmehr seit einer längeren Reihe von Jahren auch in Eisenbahnsachen gute Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen gepflegt werden. Er hat die mehrfach in der Presse und von einzelnen Abgeordneten, insbesondere von dem demokratischen Abgeordneten Sänger im Abgeordnetenhaus und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stolle im Reichstage, geltend gemachten Beschwerdepunkte in ihr Nichts zurückgewiesen und namentlich anerkannt, daß die preussische Regierung den sächsischen Anträgen auf Verbesserung des Verkehrs auf der früher einzigen Linie Berlin über Dresden nach Wien und München noch neuerdings großes Entgegenkommen gezeigt hat. Ebenso hat er nachgewiesen, daß schon seit einer Reihe von Jahren feste Vereinbarungen über die Leitung des Güterverkehrs getroffen sind, die, weil sie nicht auf der Grundlage der kürzesten und leistungsfähigsten Linie, sondern unter Gestattung bestimmter Umwege getroffen sind, bei dem sachkundigen Publikum manche Mißverständnisse hervorgerufen haben, und er hat dann weiter hervorgehoben, daß die sächsische Staatsbahnverwaltung in jüngster Zeit versucht habe, neue Grundzüge über die Leitung des Güterverkehrs anzuregen, und daß sie dabei von der preussischen Regierung die Zusage einer wohlwollenden Prüfung der Vorschläge erhalten habe. Auch die thörichte Ausstreuung, daß die wegen Ueber-